

23. Februar 2012

Hintergrund:

Röslers und Röttgens fauler Solar-Kompromiss

Der Streit in der Regierung um die Zukunft der Solarförderung ist beigelegt. Die Minister Rösler und Röttgen haben den Koalitionsfrieden offenbar wieder hergestellt – und das Vertrauen in die Energiewende massiv erschüttert.

Bundesregierung kann Energiewende nicht

- Statt zielgerichtet auf den Solarboom zu reagieren, fährt die Bundesregierung jetzt große Geschütze gegen die Solarenergie auf. Das verunsichert Investoren in EE-Anlagen und gefährdet Zehntausende Arbeitsplätze. Es handelt sich jetzt bereits um die vierte Novellierung der Photovoltaik-Vergütung.
- Die Bundesregierung droht damit eine weitere Säule der Energiewende wegzubrechen. Nachdem beim Offshore-Ausbau bereits große Verzögerungen auftreten, droht jetzt auch der Ausbau der Solarenergie zusammenzubrechen.
- So setzt Schwarz-Gelb selbst sein bescheidenes Ziel den EE-Anteil beim Strom bis 2020 auf 35 Prozent aufs Spiel. Einmal mehr wird klar: Energiewende kann diese Regierung nicht!
- Das liegt vor allem daran, dass der Bundeswirtschaftsminister, dessen Ziel es ist, die Solarenergie und damit einen blühenden Wirtschaftszweig in Deutschland zu ruinieren, sich gegen einen höchst wankelmütigen Bundesumweltminister hat durchsetzen können.
- Dabei ist Solarstrom seit 2008 um rund 60 Prozent billiger geworden. Der Bau neuer Anlagen ist damit nicht mehr der Preistreiber beim EEG. Selbst ein Deckel von 1000 MW-Zubau würde den Strompreis bis 2016 nur um 0,3 ct/kWh dämpfen.

Es droht der Ausstieg aus der Solarförderung

- Nach monatelangem Hin und Her ist jetzt ein Paket geschnürt worden, mit dem die Solarwirtschaft in Deutschland abgewürgt werden soll – mit kaum absehbaren wirtschaftlichen und klimapolitischen Wirkungen:
 - Noch im Frühjahr soll die Solarförderung drastisch um mindestens 20 bis über 30 Prozent gekürzt werden. Gerade Dachanlagen zwischen 20 und 100 kW sowie kostengünstige Freiflächenanlagen werden massiv gekürzt und so aus dem Markt gedrängt. Das ist unter Kostengesichtspunkten völlig kontraproduktiv.
 - Zudem sollen 10–15 Prozent des Solarstroms künftig nicht mehr vergütet werden. Das ist der erste Schritt aus dem EEG-System und damit aus der Verlässlichkeit für Investoren, die entscheidend für den Erfolg dieses Gesetzes ist.
 - Der bisherige „atmende Deckel“ wird durch ein planwirtschaftliches Modell ersetzt, das den Solarausbau schrittweise reduzieren soll. Für 2012 und 2013 wird ein Ausbaukorridor von 2,5 bis 3,5 GW vorgesehen (Vergleich Ausbau 2011: 7,5 GW) Wird der obere Wert überschritten, kommt es per Rechtsverordnung zu weiteren zeitnahen Kürzungen. Ab 2014 wird der Ausbaukorridor um jährlich 400 MW zurück gefahren, so dass der Solarausbau danach sehr schnell zum Erliegen kommt.
 - Anreize zur besseren Netzintegration fehlen bei der Bundesregierung vollständig. Obwohl hier nach einhelliger Expertenmeinung dringender Handlungsbedarf besteht, blenden Rösler und Röttgen das Thema aus.

Grüne lehnen das Paket ab

- Die Solar-Einigung von Röttgen und Rösler schafft zwar einen Burgfrieden in der Koalition. Sie reißt aber neue Gräben zwischen denen, die die Energiewende voranbringen wollen und jenen, die dies zu verhindern suchen.
- Wir Grüne haben uns nie gegen eine Absenkung der Solarvergütung in Höhe der Kostenentwicklung ausgesprochen. Die vorgesehenen Absenkungen gehen aber weit darüber hinaus. Wir werden diese Paket deshalb ablehnen und uns stattdessen weiter für den Ausbau der Solarenergie mit Augenmaß einsetzen.
- Statt einen kalten Ausstiegs aus dem Solarenergieausbau fordern wir
 - verlässliche Rahmenbedingungen für Investoren und die Senkung der Kosten mit Augenmaß.
 - Wir wollen eine zweimonatliche Anpassungen der PV-Vergütung an die Marktentwicklung, bei Bedarf auch über die bereits heute verankerte Kürzung von 15 Prozent zum 1. Juli 2012 hinaus.